Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Micheu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 6. Februar 1920, Nr. 47.

Tariferhöhungen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stand die Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen in Beratung. Zunächst berichtete Direktor Menzel von den städtischen Gaswerken über die Notwendigkeit der Erhöhung des Tarifes für die Abgabe von Gas. Die Preise der Kohlen sind jetzt per Tonne auf 890 K gestiegen, während sie beispielsweise im November des Vorjahres noch 423.76 K betragen haben. Die Personalkosten sind seit November wo sie 207.70 K betragen haben, auf 879 K für tausendKubikmeter Gas gestiegen. Bei Zugrundelegung dieser erhöhten Kosten und einer Reihe von anderen Ausgaben ergibt sich für die Zeit vom 15. Februar des laufenden Geschäftsjahres bis Ende Juni 1920 ein Gebahrungsabgang von 32 Millionen Kronen. Der Abgang bis 15. Februar 1920 beträgt 28 Millionen. Es ergibt sich somit ein tatsächlicher Abgang von 60 Millionen Kronen. Eine Gaspreiserhöhung ist daher unbedingt notwendig. Der neue Gaspreis soll sich auf K 2.60 stellen.

Direktor Kawil von den städtischen Elektrizitätswerken betonte, daß seit der letzten Erhöhung der Strompreise die Materialpreise etc. in fabelhafter Weise gestiegen seien. Die Kohlen, die schon im Dezember 600 K gekostet haben, kosten jetzt 750 K per Tonne. Dabei weiß man heute noch nicht, was die polnischen Kohlen für Kosten verursachen werden, weil sich diese Kosten jetzt nicht bestimmen lassen. Ebenso sind die Gehalte und Löhne ganz bedeutend erhöht worden. Der Abgang für das erste Halbjahr stellt sich auf 29 Millionen Kronen. Jetzt haben wir mit der Arbeiterschaft neue Kollektivverträge abgeschlossen, auf Grund deren die Arbeitslöhne um 24 Millionen Kronen steigen werden. Desgleichen steigen, wie ich schon erwähnt habe, von Tag zu Tag die Materialien, so daß es unmöglich erscheint, irgendeinen Preis im Vorhinein zu kalkulieren. Es ist dies ganz unmöglich. Es bleibt daher dem Elektrizitätswerk als reeller Kaufmann nichts anderes übrig, als zur Methode der Einführung der gleitenden Tarife überzugehen. Gegebenenfalls auch solche Tarife rückwirkend zu machen. Wir werden dabei selbstredend nicht mehr verlangen als notwendig ist, um das Gleichgewicht im Haushalte wieder herzustellen. Dieses Vorgehen ist zweifellos gerechtfertigt und muß allenthalben anerkannt werden.

Redner erörtert sodann noch des näheren die Gestehungskosten für die Kraft- und Lichtstromabgabe und schloß mit der nochmaligen Versicherung, daß zweifellos nicht mehr verlangt werde, als unbedingt für Deckung der sprunghaft in die Höhe schnellenden Ausgaben notwendig ist.

Direktor Spängler begründete die geplanten Tariferhöhungen der Strassenbahn mit den Kosten des soeben abgeschlossenen Kollektivvertrag der im Jahre 130 Millionen Mehrauslagen erfordert. Zu diesen Betrage kommen noch eine Anzahl anderer Posten, welche das Mehrerfordernis der Strassenbahn in diesem Jahre auf rund 296 Millionen Kronen erhöhen. So müssen für die Forderungen der Beamten 12 Millionen Kronen eingesetzt werden für das Defizit im Verwaltungsjahre 1918/19 20 Millionen Kronen, für das Defizit im ersten Halbjahre des Verwaltungsjahres 1919/20 ungefähr 30 Millionen Kronen, für die Verteuerung des Stromes 13½ Millionen Kronen, für das Material 60 Millionen Kronen, für den Erneuerungsfonds 30 Millionen Kronen. Das Mehrerträgnis aus der Verdoppelung der Tarife lässt sich für den Rest des Jahres 1920 auf rund 306 Millionen Kronen beziffern. Es wird sich somit rechnungsgemäss ein Ueberschuss von 10 Millionen Kronen ergeben, der für unvorhergesehene Auslagen verwendet werden kann.

Nach einer längeren Debatte wurden die von den Referenten vertretenen Anträge der Direktionen der Strassenbahn, der Elektrizitätswerke und des Gaswerkes bezüglich der Erhöhung der Tarife bei diesen Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinde mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

-.-.-.-.-.-.-

Aufhebung der Führung des Strombezuges für Gewerbe und Industrie. Zufolge Verfügung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe wird die angeordnete halbtägige Entnahme von Kraftstrom für gewerbliche und industrielle Zwecke ab Montag, den 9. ds. aufgehoben. Die Entnahme von elektrischer Kraft durch die Betriebe kann somit wieder in normaler Weise erfolgen, wobei selbstverständlich laut Vollzugsanweisung der Landesregierung vom Oktober 1919 der Gesamtverbrauch an elektrischer Energie 75 % des Verbrauches im September 1919 nicht überschreiten darf.

-.-.-.-.-.-.-

Ausschreibung von Schulleiterstellen. Morgen Samstag erscheint in der „ Wiener Zeitung " die Verlautbarung über die Neubesetzung von 129 im Wiener Schulbezirke erledigten Schulleiterstellen. Nach Einlangen der bezüglichen Abdrucke der Ausschreibungskundmachung werden die Schulleitungen, voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche, noch wie üblich mit eigenen Erlässen verständigt. Der Konkurstermin endet am 5. März 1920. Von diesen 129 Stellen gelangen mit Ausnahme von 4 Stellen, die sowohl männlichen wie weiblichen Bewerbern offen stehen, 24 für Direktoren, 30 für Direktorinnen, 39 für Oberlehrer und 32 für Oberlehrerinnen zur Ausschreibung. Die Ausschreibung gründet sich auf das bekannte Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 15. Oktober 1919, wonach die Ausschreibung gemäß der Systemisierungsurkunde zu erfolgen hat. Im Hinblicke auf diese Entscheidung hat nun der Bezirksschulrat jüngst den Beschluß gefaßt, in Hinkunft alle erledigten Lehrstellen an Mädchenschulen und, sobald die gesetzliche Grundlage hiefür geschaffen ist, auch an Knabenschulen Bewerbern beider Geschlechter einzuräumen, damit der Stadtrat ohne Rücksicht auf das Geschlecht in der Lage ist, im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen die ihm für die jeweils ausgeschriebenen Stellen am geeignetst scheinenden Bewerber auszuwählen.

-.-.-.-.-.-.-

Verkauf von Papiergeweben. Von der Zentralstelle der Fürsorge im Rathaus gelangen rund 105.000 Quadratmeter Papiergewebe starker Qualität (als Fußbodenbelag, Wandverkleidung, etc., verwendbar) zum Verkauf. Schriftliche Anbote mit welchem Interessenten bis inkl. 1. März im Worte zu bleiben hätten, sind unter Preisangabe bis längstens 20. Februar schriftlich bei der Zentralstelle der Fürsorge, I., Neues Rathaus, Stiege 6, einzureichen, wo auch nähere Auskünfte erteilt werden.

-.-.-.-.-.-.-

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 6. Februar 1920.

Vorsitzender Bgm. Neumann macht folgende Mitteilungen:

In Württemberg hat nunmehr auch das Rote Kreuz eine Aktion zur Hilfe für Wien durchgeführt. Als vorläufiges Ergebnis dieser Aktion werden in den nächsten Tagen 15 Waggons Lebensmittel nach Wien expediert werden.

Am 10. Februar werden 650 Wiener Kinder in Ulm einlangen, um von dort auf 6 Monate an die in den fruchtbaraten Teilen Württembergs gelegenen Kostplätzen abgegeben zu werden. Ausserdem soll noch ein weiterer Transport von Kindern (vielleicht 500) abgeholt werden.

Als Ertrag einer Wohltätigkeitsvorstellung des Landestheaters in Stuttgart zu Gunsten des hungernden Wien werden heilaufig 5- 6000 Mark dem Berliner Zentralverbande der Bühnenangehörigen abgeliefert werden. Auch die Stuttgarter „ Schlaraffia " gab zu Gunsten der hungernden Wiener einen „ Künstler-Elite-Abend ".

Der Stadtrat von Nürnberg hat für die notleidende Wiener Bevölkerung eine Hilfaktion eingeleitet.

Gespendet haben:

Verein der Oesterreicher in Berlin für die hungernden Kinder Wiens 100.000 Kronen,

die Redaktion der ungarischen Tageszeitung „ Becsi Magyar Ujsag " als Ergebnis einer Sammlung für notleidende Wiener Kinder 21.132 K,

die Firma „ Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten A.G. " in Köln-Deutz für die notleidenden Wiener Kinder 10.000 Mark,

Dr. Karl Fener in Nottingham für die Notleidenden Wiens 10.000 K,

Stanley C.F. Bint London, für die armen Wiener Kinder 10.000 K,

zur Verteilung an Arme des 5. Bezirkes die Herren: Nowak 5000 K, Direktor Tautner und Kaufmann Leopold Gross je 500 K, Kinobesitzer Grifatek 150 K, und Franz Szerdahely 50 K,

die Firma O. Vogel in Pösneck in Thüringen durch Herrn Alois Suchanek Wiener Neudorf als Ergebnis einer Sammlung 4.300 K,

die Angestellten der Bank für Handel und Industrie, Filiale Wiesbaden, für 4 bis 5 sich in bedrängter Lage befindliche deutsche kinderreiche Familien einen Schank auf 2.117 K,

die Firma Kühler & Stock in Barmen für arme Kinder Wiens 1300 K,

die Firma G. Backers & Jr. Manne in Crefeld zur Linderung der Not stark Hilfsbedürftiger 1000 K,

Eduard Müller, Lederfabrikant in Köln, zur Unterstützung armer Kinder 1000 K,

Marie Biazini in Dongio (Schweiz) für arme Wiener Kinder 500 K,

das Komitee der Schulwarte als Erträgnis eines Festes zur Unterstützung humanitärer Vereine sowie dürftiger und würdiger Armer des XVII. Bezirkes 400 K,

Siegfried Sonnenmark, Gesellschafter der Firma B. Nass & Comp. in Kota Radja, Sumatra, für die Aermsten Wiens 360.07 holländische Gulden,

die Redaktion des Neues Wiener Tagblattes für arme Wiener Kinder 300 K und 36 Mark 50 Pf.,

E. Braun, Gesellschafter der Firma E. Braun & Comp., für die hungernden Kinder Wiens 274 K,

der Verein ehemaliger Kaiser Franz Josef Husaren in Schleswig für die notleidenden deutschen Oesterreicher 200 Mark,

Klara Klausmann in Karlsruhe zur Linderung der Not 100 Mark,

der Deutschösterreichischer Verein in Elberfeld für arme Wiener Kinder 100 K,

Dr. Zorn, Ansbach, zu Gunsten der Hilfsaktion für die Wiener Bevölkerung 30 Mark,

Ing. Adolf Bertram in Essen a.d.Ruhr für die notleidenden Kinder Wiens 30 K,

die Provinzialverwaltung von Veiligen in Nordholland 25 Waggons verschiedener Gemüse,

der österreichisch ungarische Hilfsverein in Köln am Rhein zur Milderung der Notlage Wiener Kinder 5% 7jährige österreichische Staatsschatzscheine im Nennwerte von K 7000.- und diverse österreichische Kriegsanleihe im Nennwerte von 18.100 K,

der Ausschuss „ Hilfe für Wien " in Hamburg einen Waggon Lebensmittel,

Direktor Alber Vollmer, Hennaby (Schweden), für arme Wiener Kinder 1000 K,

das Personal der Stockholmer Feuerwehr für die Kollegen und Kameraden der Wiener Berufsfeuerwehr ungefähr 1000 kg Mehl.

Schriftführer GR. Hammerschmid verliest den Einlauf.

GR. Ernthaler (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister in Ansehung der Artikel des Friedensvertrages gewillt ist, für andersprachige Staatsangehörige in Wien keine anderen Schulen als die vorgesehenen Volksschulen zu überlassen und ob er veranlassen wolle, dass der Unterricht in diesen Schulen durch deutschösterreichische Lehrer zu versehen ist und dass die Kinder in deutschösterreichischen Sinne als österreichische Staatsbürger erzogen werden.

Bgm. Neumann: Die Erhebungen zur Durchführung der bezüglichen Artikel des Friedensvertrages sind noch nicht zum Abschluss gebracht. Sobald diese abgeschlossen sein werden, werde ich dem Gemeinderate die notwendigen Mitteilungen machen. Vorher jedoch muss das Erhebungsmaterial der Zentralkommissionen, die beim Staatsamt für Unterricht eingesetzt worden sind, zwecks Erlassung der allgemeinen Verfügungen vorgelegt werden. Es ist mir [illegible] zweifellos, dass die Unterrichtshoheit des österreichischen Staates in jeder Beziehung wird gewahrt werden.

GR. Ertner (deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass allen jenen Gemeindeangestellten, die die Staatsbürgerschaft in Oesterreich erworben haben, aber aus dem Staatsverbande eines anderen Staates noch nicht entlassen sind, die Mandate aberkannt werden.

Bgm. Reumann: Dieser Anfrage liegt die Rechtsanschauung zugrunde, dass Oesterreich schon heute nur in dem Umfang rechtlich bestehe, den der Staatsvertrag von St. Germain bestimmt. Demgegenüber wird darauf verwiesen, dass die durch den Staatsvertrag von St. Germain bedingten Bestimmungen des Artikel I des Ges. vom 21. Oktober 1919 nur zugleich mit dem Friedensvertrag zu rechtlicher Wirksamkeit kommen können, letzterer jedoch erst dann innerpolitische Geltung erlangt, wenn er im Staatsgesetzblatt kundgemacht worden ist. Da sämtliche in Funktion befindlichen Armen-, Bezirks- und Gemeinderäte demnach auch derzeit noch das passive Wahlrecht haben, bin ich dermalen nicht in der Lage, eine Verfügung in Sinne der Anfrage zu treffen.

GR. Haider (chr. soz.) fragt, unter Hinweis auf die den Oberrevisionsführer Czech im Bahnhofe Speising der Strassenbahnen durch die Vertrauensmänner des Handels- und Transport-arbeiterverbandes in Aussicht gestellte Transferierung bei sonstigen Ausständen der Bediensteten, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass Czech auf seinen Posten bleibt, nachdem gegen ihn dienstlich nichts einzuwenden ist und dass in Zukunft derartige Drohungen unterbleiben.

Bgm. Reumann: Die Direktion der Strassenbahnen berichtet, dass ihr von einer solchen Forderung bis heute nichts bekannt gewesen ist. Nach den Erkundigungen liegt auch keinerlei offizielles Begehren seitens der Vertrauensmänner vor. Im Hinblick auf diesen Bericht, habe ich wenigstens vorläufig keine Veranlassung zu irgendeiner Verfügung.

GR. Klimesch (Tschesche) interpelliert wegen unvollkommener Verlesung der Interpellationen, welche den Minderheitsschutz betreffen und fragt, ob der Bürgermeister in Zukunft solche Rügungen verhüten wolle.

Bgm. Reumann: Gemäss § 8a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ist der Vorsitzende der Gemeinderatssitzung berechtigt, zu verfügen, daß die Verlesung der Begründung von Interpellationen zu entfallen habe. Ich mache von diesem Rechte vor allem dann Gebrauch, wenn die Begründung einer Interpellation sich in weitläufigen Ausführungen verliert. Ich unterscheide aber keineswegs, von welcher Seite die Anfrage eingebracht ist. Von diesem dem Vorsitzenden zustehenden Rechte werde ich auch in Hinkunft Gebrauch machen, wenn ich es für nötig finde.

GR. Klimesch (Tschesche) fragt den Bürgermeister unter Hinweis auf eine Karikatur in den „Wiener Stimmen" wie er die darin enthaltene Beleidigung der tschechoslovakischen Republik in ihrer Wehrmacht beurteilt und was er zu tun gedenkt, solche Vorfälle unmöglich zu machen.

Bgm. Reumann: Für die Ausführungen der Tageszeitungen kann nicht der Bürgermeister verantwortlich gemacht werden, er ist auch gar nicht in der Lage auf den Inhalt der Tagespresse Einfluss zu nehmen. Er kann, da ihm die Handhabe der Pressepolizei nicht zusteht, auch in Angelegenheiten, wie eine solche in der Anfrage zugrunde liegt, nichts verfügen.

GR. Klimesch (Tschesche) richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ober bereit sei, dahin zu wirken, daß Veranstaltungen, deren Reinertrag gänzlich der tschechischen sozialen Fürsorge zufließt, von der Entrichtung der Lustbarkeitssteuer befreit werden.

Bgm. Reumann: Daß im Sinne des Gesetzes nur einzelne Veranstaltungen, deren Ertrag erwiesenermaßen tatsächlich allgemein wohltätigen Zwecken gewidmet ist

GR. Julius Müller (Soz.Dem.) stellt folgende Anfrage: Gelegentlich der Debatte, die im Gemeinderate über die Veranstaltung der „Wiener Messe" abgeführt wurde, habe ich auf die Hindernisse hingewiesen, die noch zu überwinden sein werde, ehe dieser Gedanke Wirklichkeit werden kann. Das grösste Hindernis bildet die Haltung der hofärarischen Verwaltung, die bestrebt ist, die für die Messe in Aussicht genommenen Hofstallungen, für ihre ganz unproduktiven Zwecke zu behalten. Aber auch andere Institutionen, wie z.B. die Verwaltung der Staatstheater erheben auf diese Gebäude Ansprüche. Allen diesen Schwierigkeiten kann nur dann wirksam begegnet werden, wenn die Hofstallungen aus der Verwaltung des Hofärars in die Staatsverwaltung überführt werden. Die Tatsache, dass der Herr Bürgermeister in allen die Wiener Messe betreffenden Fragen das grösste Entgegenkommen bewies, veranlasst mich folgende Anfrage: Sind dem Herrn Bürgermeister diese Tatsachen bekannt und ist er geneigt, sich mit seinem ganzen Einflusse für die Beseitigung dieser Hindernisse einzusetzen? Ist er insbesondere geneigt, sich für die Ueberführung der Hofstallungen aus der Verwaltung des Hofärars in die des Staates einzusetzen?

Bgm. Reumann: Die Veranstaltung einer Wiener Messe kann nur dann als gesichert angesehen werden, wenn für diesen Zweck das Gebäude der Hofstallungen überlassen wird. Die Hemmnisse, welche dem Unternehmen entgegenstanden, erschienen nach langen Verhandlungen mit der Polizeibehörde dem Staatsamte für Heerwesen, dem obersten Verwalter des Hofärars und der Gemeinde Wien beseitigt, als sich im letzten Momente durch die Anforderung von Räumen im Hofstallungsgebäude seitens verschiedener Stellen neuerliche Hindernisse in den Weg stellten, so dass trotz aller Bemühungen die für die Stadt Wien so ausserordentlich bedeutungsvolle Aktion der Abhaltung einer Wiener Messe tatsächlich ernstlich in Frage gestellt erscheint. Ich werde daher den Magistrat beauftragen, unverweilt namens der Gemeinde Wien alles einzuleiten, was zur Sicherung der Aktivierung der Wiener Messe geeignet ist. Ich werde auch bei der Verwaltung des Hofärars vorstellig werden, damit die Hindernisse beseitigt werden, die den vorbereitenden Arbeiten im Wege stehen. Ich glaube nicht, dass das Hofärar besonders erpicht darauf ist, der Abhaltung der Messe Hindernisse zu bereiten.

GR. Waldsam (chr.soz.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, daß sich Vertreter der Gemeinde besonders des Jugendamtes ehebaldigst mit dem Betriebsrat des Jugendheimes in Oberhollabrunn wegen Abschluß eines Kollektivvertrages ins Einvernehmen setzen.

Bgm. Reumann: Seitens des Jugendamtes wurde ein Antrag über die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten des Jugendheimes in Oberhollabrunn im Einvernehmen mit der Organisation dieser Bediensteten bereits vorgelegt. Eine Ladung des Einigungsamtes zu einer Tagsatzung ist dem Jugendamte nicht zugekommen. Auch an die Anstalt ist eine solche Ladung nicht gelangt. Dem Jugendamt ist von Schritten des Betriebsrates beim Einigungsamt überhaupt nichts bekannt. Ich werde der Angelegenheit übrigens nachgehen.

GR. Hiess (Soz.Dem.) weist darauf hin, daß die Schule Hebbelplatz in Favoriten noch immer nicht benützungsfähig ist und fragt, ob der Bürgermeister die betreffenden Amtsstellen anweisen wolle, damit die Arbeiten in einem beschleunigten Tempo geführt werden und die Schule noch im heurigen Jahre der Benützung zugeführt werden kann, um eine weitere Schädigung der Schuljugend hintanzuhalten.

Bgm. Reumann: Die Anfrage wurde erst um ½ 4 Uhr nachmittags überreicht, ich konnte mich daher nicht mehr informieren. Ich werde aber jedenfalls dafür sorgen, daß die Arbeiten nach Möglichkeit beschleunigt werden. Es müssen besondere Umstände die Verzögerung der Arbeiten herbeigeführt haben.

GR. Lindeg (Soz.Dem.) beantragt, das Grundarmenhaus Martinstrasse 94, welches derzeit von zirka 25 Pfleglingen belegt ist, zu räumen und es dem Altenhaus des XVIII. Bezirkes anzugliedern. Die im Grundarmenhaus untergebrachten Pfleglinge mögen mit Rücksicht auf die schwierigen Verpflegsverhältnisse dem Versorgungshause in Lainz zugeteilt werden.

GR. Dr. Grün (Soz.Dem.) stellt den Antrag im Bezirksteil Kaisermühlen den schon wiederholt beantragten Markt zu errichten und dem Magistrat zu beauftragen, den bürokratischen Weg diesbezüglich abzukürzen, damit dieser exponierte Bezirksteil endlich zu seinem Rechte kommt.

GR. Haider (chr.soz.) beantragt, den Kindern von Bediensteten der Strassenbahnen, die seinerzeit für die Fahrt zur Schule oder in die Lehrstätte Freikarten hatten, diesen Kindern über Ansuchen wieder Freikarten zu bewilligen.

Die Gemeinderäte Breitner, Danneberg, Leopoldine Glöckel, Adelheid Popp, Schmid, Skaret und Speiser (Soz.-Dem.) stellen folgenden Antrag: Die gegenwärtige Zeit des Elends und Zusammenbruchen eignet sich gewiss nicht zu Festlichkeiten. Jene Veranstaltungen, die jetzt vielfach von Schiebern und Kriegsgewinnern unter Ausseracht-lassung aller Vorschriften abgehalten werden, wirken vielmehr geradezu aufreizend. Etwas völlig anderes aber sind festliche Aufführungen von Musikwerken. Gerade Wien soll in der grössten Not auch seine Zuflucht zur Musik nehmen. Die stolzesten Ueberlieferungen dieser Stadt liegen auf dem Gebiete der Tonkunst. Wenn es etwas gibt, was Wien einen fürmlichen moralischen Rechtsanspruch verleiht, in diesen schweren Tagen die Hilfe der ganzen Welt anzurufen, so sind es die unvergänglichen Schätze, die unsere Stadt in verschwenderischer Fülle der Menschheit geschenkt hat. Für Wien handelt es sich nicht nur um die traditionelle Pflege von Kulturgut, sondern auch um einen Faktor von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung. In Erwägung dessen, stellen die Gefertigten folgende Anträge: Stadt-und Gemeinderat wollen die Abhaltung eines Musikfestes im Frühjahr oder Sommer 1920 beschliessen. Zur Durchführung aller Vorarbeiten wählt der Gemeinderat einen aus 9 Personen (Gemeinderäte und aussenstehende) zusammengesetzten Ausschuss, dem das Recht zugestanden wird, sich durch Kooptierungen zu erweitern.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Es werden zuerst verschiedene auf der Tagesordnung stehende Wahlen in die Gemeinderatsausschüsse vorgenommen, darunter die Wahl eines aus 30 Mitgliedern und 15 Ersatzmännern bestehenden Gemeinderatsausschusses zur Verberatung der Reform der Wiener Gemeindeverwaltung.

GR. Scherzer (Soz.-Dem.) legt das Uebereinkommen mit dem Metallarbeiterverbande bezüglich der Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke und des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth vor. Auf Grund des neuen Kollektivvertrages treten folgende Steigerungen ein und zwar: der reinen Löhne von 12,100.000 K auf 35, 50.000 K, der Qualifikationszulage von 760.000 Kronen auf 1, 900.000 K, der Nachtdienstzulage von 420.000 K auf 735.000 K der Ueberstunden von 1, 600.000 K auf 2,380.000 K, der Pensionsrückgabe von 2. 200.000 K auf 5. 400.000 K. Eine Ermässigung tritt ein bei der Teuerungszulage, die bisher 23, 400.000 K erforderte und sich in Hinkunft auf die Beamten und jene Personen, die unter der Dienstordnung stehen, beschränken und 14,500.000 K betragen werden. Die Steigerung beträgt demnach bei den Elektrizitätswerken 21,300.000 K und beim Ueberlandkraftwerk Eben-

furth 3,530.000 K.

GR. Dombek (Soz.-Dem.) berichtet über den Arbeitsvertrag der städt. Bediensteten im Gaswerke mit dem Verbande der Arbeiterschaft der chemischen Industrie und bemerkt, dass nach diesem Vertrage in Hinkunft nur 9 Feiertage im Jahr festgesetzt erscheinen. Die jährliche Mehrbelastung aus diesem Vertrage wird ungefähr 45 Millionen Kronen pro Jahr betragen.

StR. Weigl (Soz.-Dem.) berichtet über den Vertrag mit den Bediensteten der städtischen Strassenbahnen, der eine Erhöhung der Teuerungszulage um 250 Kronen pro Monat und eine Verdoppelung der Kinderzulage von 80 auf 100 K sowie eine gleitende Teuerungszulage, die im wesentlichen den Beschlüssen der Industriekommission angepasst ist, vorsieht. Gleichzeitig referiert StR. Weigl auch über die Teuerungszulage für die Angestellten und Bediensteten des Kraftstellwagen-Betriebes, die jener der Strassenbahnbediensteten gleichgestellt wurde.

Mit der Zustimmung des Gemeinderates wird die Debatte über alle diese Anträge unter einem abgeführt.

StR. Haider (chr.-soz.) erklärt er und seine Partei hätten gegen die Lohnerhöhungen nichts einzuwenden, da diese begründet erscheinen, er müsse aber im Interesse der Bediensteten gegen die höchstungerechte Behandlung eines Teiles des in Frage kommenden Personales Stellung nehmen. So seien die gelernten Professionisten mit den ungelernten Arbeitern gleichgestellt. Das sei ungerecht und unsozial , weil mit der Erlernung eines Handwerkes grosse Opfer für den Betreffenden selbst und auch für dessen Eltern verbunden sind. Man finde im vorliegenden Falle die gleiche Methode wie in dem Verhältnisse zwischen geistigen und manuellen Arbeitern, wo man diese jenen vorziehe Auffällig sei es auch, dass in einzelnen Fällen die Arbeiter der Ueberland-Zentrale besser bezahlt werden, als die Arbeiter des Wiener Werkes trotzdem diese unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen leben. Der Redner beschäftigt sich noch mit einzelnen Bestimmungen der Verträge und fordert, da bei der Bemessung der gleitenden Teuerungs-Zulagen auch Vertreter der christlichen Organisationen ein Wort mitzureden hätten.

GR. Waldsam (chr.soz.): Ich bin mit der Vorlage einverstanden, soweit auf die Erhöhung der Löhne Rücksicht genommen wird. Doch wurde von der Privatindustrie der Nachteil übernommen, daß nicht mehr auf die Kinder Rücksicht genommen wird. Die Familienzulage wurde gestrichen. Ich weiß, daß die Bestimmung über die Familienzulage, die ein Vorteil für die Arbeiterschaft sein sollte, ihr bei der Privatindustrie zum Nachteil geworden ist, weil die Fabrikanten lieber die kinderlosen Arbeiter aufnahmen. Und andererseits bei Entlassungen zuerst die Arbeiter mit großen Familien entließen. Was bei der Privatindustrie zutrifft, darf aber bei der Gemeinde Wien nicht zutreffen. Ich stelle daher den Antrag: Der vorliegende Vertrag ist dahin zu ergänzen, daß bei der gleitenden Teuerungszulage auf die Kinderzahl der Arbeiter Rücksicht genommen wird. Ferner stelle ich zu Punkt 5 folgenden Abänderungsantrag: Den bei den städtischen Elektrizitätswerken vollendeten Dienstjahren sind auch die bei damals gelösten privaten Elektrizitätswerken zugebrachten Dienstjahre, sowie die Dienstzeit der Kriegsaushelfer zuzuzählen.

GR. Dr. Alma Seitz (chr.soz.) wendet sich als Vertreterin der weiblichen Arbeiter gegen die Differenzierung in der Entlohnung der Arbeitsleistungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Gleichsetzung der Entlohnung kann nicht als Gleichmacherei bezeichnet werden, da sie nur dort stattfindet, wo gleiche Arbeitsleistung vorliegt. Dies müsse in den Lohnsätzen Ausdruck finden. Die Gemeinde dürfe sich davor nicht abschrecken lassen, und müsse der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangehen. Es gehe nicht an, daß der männliche Hilfsarbeiter K 5.80 und der weibliche K 4.- bekommt. Durch eine solche Maßnahme könne auch kein Abbau der Frauenarbeit erzielt werden. Rednerin wendet sich auch gegen die Abstufung der gleitenden Zulage nach Familienstand und Alter, und weist darauf hin, daß die rayonierten Lebensmittel mit dem Unterschiede zwischen Alter und Geschlecht nichts zu tun haben. Es wurden vielfach Kriegerwitwen in die Arbeit eingestellt, die mehrere Kinder zu Hause zu erhalten haben. Auch diese Frauen müssen in den Stand versetzt werden, ihre Familie zu erhalten. Bei der gleitenden Zulage kann nur der Standpunkt maßgebend sein, wer der Familienerhalter ist. In der Sozialpolitik hat sich seit Jahren der Gedanke durchgerungen, daß der Unternehmer auch die Verpflichtung hat, ein gewisses Wohlfahrtsmoment einzuschalten. Dies ist aber in dem vorliegenden Entwurfe ausser Acht gelassen worden.

GR. Schiretek (Tschechc) wendet sich gegen die Ausführungen des Gemeinderates Haider, der einen Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gemacht habe. Der Arbeiter soll nach seiner Leistungsfähigkeit beurteilt und bezahlt werden. Ich freue mich, dass die ungelernten Arbeiter endlich den anderen Arbeitern gleichgestellt werden. In dem Punkte, dass die Frauen denselben Lohn wie jeder andere Arbeiter beziehen soll, stimme ich mit der Vorrednerin überein.

StR. Weigl (Soz.-Dem.) führt in seinem Schlussworte über den Strassenbahnervertrag gegenüber den Erörterungen des GR. Haider unter anderem aus: Wir müssen es den Arbeitern in den Betrieben überlassen, welche Organisation sie sich für die Beratungen und den Abschluss der Verträge aussuchen. Wenn darauf verwiesen wird, dass die Organisation der christlichen Eisenbahner mit Rücksicht auf die Zahl der bei ihr organisierten Strassenbahner ein Recht habe bei diesen Verhandlungen vertreten zu sein, so geben die eben abgeführten Krankenkassenwahlen ein Bild von der Stärke der Organisation. Es kann durchaus nicht von einer solchen nummerischen Stärke gesprochen werden, dass die Zuziehung zu solchen Beratungen verlangt werden könnte. Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnisse wurden etwa über 900 christlichsoziale Stimmen abgegeben; es gibt Bahnhöfe, wo nicht einmal soviel Stimmen aufgebracht werden konnten, als Kandidaten aufgestellt sind. (Zwischenrufe). Man kann also von einer besonderen Machtentfaltung dieser Organisation nicht sprechen. (Neuerliche Zwischenrufe). Der Referent bittet schliesslich, die Vorlage anzunehmen.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) bezeichnet es in seinem Schlussworte über das Uebereinkommen mit dem Metallarbeiterverband als unrichtig, dass die Löhne für die Ebenfurther Arbeiter teilweise höher angesetzt worden wären, als für die der Elektrizitätswerke in Wien. Er betont weiters, dass die Qualifikationszulage nicht jährlich ausbezahlt werde, sondern einverständig mit den Betriebsräten und den Abteilungsvorständen als Zulage zum Minimallohn an die qualifizierten Arbeiter ausgefolgt werden. Was die Gleichstellung der qualifizierten Professionisten mit ungelernten Arbeitern betrifft, so muss betont werden, dass für gleiche Arbeitsleistung auch gleicher Lohn gebührt. Ein junger Mann, der im 20. oder 22. Jahre einen Beruf ergreift, könne sich dann sicher in zwei Jahren das aneignen, was er sich in der Jugend in drei Jahren anzueignen vermag, und GR. Siratek habe recht, wenn er sage, dass das Lehrzeugnis entbehrt werden könne. In Amerika, in England u.s.w. frage kein Mensch nach dem Lehrzeugnis sondern nur nach dem Können und diesem Standpunkte werden uns auch wir akkumutieren müssen.

GR. Waldsam vermisse vielleicht mit Recht die Kinderzulage aber diese sei deshalb unterlassen, weil es niemals einen Menschen eingefallen sei, zu sagen, dass der, der grössere Familie habe, mehr Lohn haben müsse, sondern jeder Unternehmer müsse in erster Linie dahin trachen, einen guten Arbeiter zu bekommen. Wenn dies als unsocial bezeichnet worden sei, so stimme Redner zu, er müsse aber darauf hinweisen, dass wir noch nicht im Zukunftsstaate leb sondern im kapitalistischem Staate und uns vorläufig dem noch anpassen müsse (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Was die Gleichstellung der Frauen betreffe, so habe er bereits darauf hingewiesen, dass von Seite der Arbeiter ein Hindernis gegen die Gleichstellung der Frau nicht bereitet werde. Doch müsse man sich gegenwärtig auch auf diesem Gebiete noch den bestehenden Verhältnissen in der Industrie anpassen. Der Referent betont zum Schluss, dass der Vertrag einvernehmlich mit der gesamten Arbeiterschaft der Werke zustandegekommen sei und bittet deshalb um dessen unveränderte Annahme.

GR. Dombek (Soz.-Dem.) bemerkt in seinen Schlussworte, es sei sehr zu wünschen, dass die Herren von der christlichsozialen Partei, bevor sie daran gehen, eine Vorlage zu kritisieren , untereinander einig werden. GR. Haider habe die Vorlage der Elektrizitätswerke darin kritisiert, dass Hilfsarbeiter und Professionisten bei gleicher Arbeit gleichgestellt wurden. Andererseits habe Frau Dr. Seitz sich darüber beschwert, dass die Frauen im Lohne niedriger gestellt seien. Es sei nicht zu begreifen, wie sie sich das vorstelle , dass man die Frauen auf die gleiche Entlohnung setzen könne wie die Männer. Sie habe offenkundig wenig Kenntnis von dem Betriebe in den städtischen Unternehmungen. Es gebe nur eine einzige Gruppe von Frauen, welche die gleiche Arbeit leisten wie die Männer und dies seien die Gaswässerinnen, die aber nicht mehr angestellt werden. Alle anderen Arbeiten seien reine Frauenarbeiten und infolgedessen sei es unlogisch, die Frauen gleichzustellen mit den Hilfsarbeitern. (Zwischenrufe bei den Christl.-Sozialen)

Bei der Abstimmung werden die Anträge der Referenten angenommen, die Anträge des GR. Waldsam abgelehnt.

VB. Emmerling: Die Tatsache, daß ich über die vorliegenden vier Referate sprechen muß beweist, daß sich die städtischen Unternehmungen in einer schlechten Lage befinden. Wir befinden uns im 2. Halbjahr des Budgetjahres. Wir halten es für notwendig festzustellen, daß wir zur Zeit der Uebernahme der Verwaltung der Gemeinde Wien einen äußerst trostlosen finanziellen Stand vorgefunden haben. Den Herren ist es nicht unbekannt, daß das Verwaltungsjahr 1919/20 einen Gebahrungsabgang von 403 Millionen Kronen aufweist. Eigentlich ist dieser Abgang noch weitaus größer und für uns noch unangenehmer, weil wir zur Zeit der Erstattung des Voranschlages noch nicht wußten, in welcher röstlosen Lage sich die städtischen Unternehmungen befinden. Wir hatten damal noch keinen Einblick in die städtischen Unternehmungen und es ist notwendig zu sagen, daß alle städtischen Unternehmungen im Geschäftsjahr 1918/19 mit einem Defizit abschlossen. Und es trifft uns umso härter, als wir aus diesen Unternehmungen keine Reserven übernehmen konnten. Das Defizit betrug bei den Straßenbahnen 20 Millionen, bei den Gaswerken 20 Millionen, bei den Elektrizitätswerken 15 Millionen, somit zusammen 55 Millionen aus der Gebahrung 1918/19, das naturgemäß das Verwaltungsjahr 1919/20stark beeinflussen mußte. Wir halten es für sehr notwendig darauf zu verweisen, daß Sie noch die Möglichkeit gehabt hätten, im 2. Halbjahre 1920 durch Tariferhöhungen so zu bilanzieren, daß das spätere Geschäftsjahr nicht mit einem Abgange belastet worden wäre. Wenn das Defizit auch in 1919/20 erscheint, so müssen Sie zugeben, daß wir die Finanzen der Stadt Wien sehr in Unordnung vorgefunden haben Aeusserlich hat sich dies darin gezeigt, daß die Unternehmungen nicht in der Lage waren, Geld der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen, daß die Gemeindeverwaltung Woche um Woche Geld den städtischen Unternehmungen zur Verfügung zu stellen gezwungen war. Dazu kam, daß das 2. Halbjahr 1919 weitere Defizite aufwies, und zwar bei den Strassenbahnen 30 Millionen, bei den Elektrizitätswerken 29 Millionen, bei den Gaswerken 20 Millionen, sa daß wir aus diesem Titel allein Ende 1919 die 55 Millionen alte und der weitere 60 Millionen neue also zusammen über 100 Millionen Kronen Abgang hatten. Nun kamen neue Forderungen im Jahre 1919 und neue Belastungen. Die Löhne stiegen,die Verwaltungsausgaben stiegen und mit ihnen auch die Materialpreise. Und wenn wir in Betracht ziehen, daß sich für dieses Halbjahr 1920 eine neue Belastung durch die soeben geschlossenen Lohnerhöhungen ergibt, und zwar für die Elektrizitätswerke 26 Millionen, für die Gaswerke 45 Millionen, für die Straßenbahnen 130 Millionen, also rund weitere 200 Millionen, so resultiert eine solche Summe von Millionen, die man nicht so ohne weiters mit einem Budget unterbringen kann.

Nahezu in gleicher Weise wie die Personallasten haben sich auch alle anderen Ausgaben erhöht. Bei den Gas-und Elektrizitätswerken wurde vor dem Kriege für einen Waggon Kohle 180 bis 200 K, im Mai und Juni vorigen Jahres von 3 - 4000 K , im September und Oktober rund 5000 K gezahlt, und heute stellt sich ein Waggon Kohle auf 7000 - 8000 K. Diese Preise steigern sich durch die Frachtspesen und für Exportzuschläge der einzelnen Staaten und wir haben dabei mit den Valutaunterschieden zu rechnen. Gegenüber der Zeit der letzten Tariferhöhungen kann also von einer förmlichen Verdoppelung der Ausgaben gesprochen werden. Es ist selbstverständlich, dass bei einer solchen Steigerung der Materialpreise und bei einer solchen Erhöhung der Personallasten die Unternehmungen noch mehr in Schwierigkeiten kommen mussten, die dadurch vermehrt wurden, dass wir nicht immer im Stande waren, die Werke nach der Natur ihrer Anlage voll auszunützen. Die Werke leisteten im grossen und ganzen nur 50%. Es ist selbstverständlich, dass dadurch die Bevölkerung ganz ausserordentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Diese Tatsachen allein bedingen, dass die Preise für die erzeugten Produkte ganz anders erstellt wurden, als es bislang der Fall gewesen ist. Die Preise müssen so erstellt werden, dass die Werke nicht gezwungen sind, mit einem Defizit weiter zu arbeiten. Die Bevölkerung soll nicht mehr belastet werden, als unbedingt notwendig ist, wobei gesagt werden muss, dass es schwere und harte Lasten sind, die die Bevölkerung auf sich nehmen muss und unter denen sie zu leiden hat. Die Unternehmungen müssen auch erhalten bleiben und es kann nicht mit ihrem Zusammenbruch auch der Zusammenbruch der Verwaltung herbeigeführt werden. Wenn genügend Kohle da wäre, wenn ein voller Betrieb erzielt werden könnte, und wenn wir auch in der Lage wären, den Strassenbahnverkehr nach den bestehenden Bedürfnissen einrichten zu können, so könnte auch an eine Differenzierung der Preise geschritten werden. Es ist aber dermalen unmöglich , ein System der Tarife zu erstellen , dass nur in einer geordneten und beweglichen Führung erstellt werden kann. Es muss daher mit Tariferhöhungen vorgegangenen werden, die durch die derzeitige Lage der Unternehmungen geboten sein werden.

Am 21. November sind die Tarife des Gaswerkes erhöht worden. Es lagen damals der Erhöhung Kohlenpreise von 422.6 K pro Tonne und Personalkosten von 277.7 K für 1000 Kubikmeter Gas zugrunde. Seither ist mit Kohlenkosten von 890 K pro Tonne und die Personalkosten von 879 K pro 1000 Kubikmeter zu rechnen. Wir sind daher gezwungen, den Gaspreis von 1K 40 auf 2K 60 pro Kubikmeter zu erhöhen. Dieser Preis wird schon beim nächsten Ablese-Termin in Kraft treten. Wenn eingewendet wurde, dass wir damit dem Tarife rückwirkende Kraft verleihen, so soll das nicht bestritten werden. Es müssen ja auch mit Rückwirkender Kraft höhere Löhne, die teuere Kohle bezahlt werden und es muss das Geld im voraus geschickt werden. Bei dem nun festgesetzten Gaspreis wird es auch nicht bleiben, weil damit gerechnet werden muss, dass nicht auf lange Zeit hinaus , die Verhältnisse gleich bleiben. Es wird daher die Annahme jener Kohlenklausel beantragt, die schon im Juni v.J. beschlossen worden ist, und die besagt, dass für jede Steigerung oder Minderung der Kohlenpreise pro Tonne sich der Gaspreis um einen Heller erhöhen oder vermindern muss.

Bei den Elektrizitätswerken liegen die Verhältnisse genau so. Auch hier kommen die hohen Produktionskosten, die grossen Personallasten und der Abgang für das erste Halbjahr in Betracht. Bei der seinerzeitigen Erhöhung lag ein Kohlenpreis von 480 K pro Tonne zugrunde und wurde der Preis für Licht auf 40 Heller und für Kraft auf 18 Heller festgesetzt. Mittlerweile haben sich die Preise beträchtlich verändert und es werden für eine Tonne Kohle 7000 bis 8000 K bezahlt und der mittlere Wochendurchschnittslohn stellt sich auf 500 K. Auch hier muss entsprechend den erhöhten Ausgaben die Einnahmen gesteigert werden. Es wird in Vorschlag gebracht, Strom für Lichtzwecke von 40 auf 54 Heller pro Kilowattstunde, und Kraftstrom auf 18 auf 45 Heller zu erhöhen. Auch hier wird mit einer Steigerung bezw. Verminderung der Materialpreise gerechnet werden. Es wird daher vorgeschlagen, für den Lichtstrompreis um 1.3 Heller pro Hektowattstunde, für jeden Heller, den das Heizmaterial loko Zentrale Simmering für je 1000 Wärmeeinheiten mehr als 14 Heller kostet und 0.6 h per Hektowattstunde für je 10 K, die der durchschnittliche Wochenlohn samt Teuerungs-und sonstigen Zulagen mehr als 500 K ausmacht, für den Kraftstrom um 1.2 Heller pro Hektowattstunde, für jeden Heller, den das Heizmateriale loko Simmering für je 1000 Wärmeinheiten mehr als 14 Heller kostet und um 0. 5 h pro Hektowattstunde für je 10 K, die der durchschnittliche Wochenlohn samt den Zulagen mehr als 500 K ausmacht, zu beschliessen.

Wenn die Gas- und Elektrizitätswerke Konsumenten betreffen, die eine Schichte der Bevölkerung Wiens einschließen, die sehr hart durch diese Erhöhung getroffen sind, so fällt doch der weitaus größere Teil an Gas und elektrischer Energie Zwecken zu, die eine solche Steigerung leichter ertragen, bei denen die Ausgaben für Kraft und Gas nur einen kleinen Perzentsatz der gesamten Produktionskosten ausmachen und daher leichter ertragen werden können. Anders steht die Sache bei der städtischen Straßenbahn. Die Forderungen der Bediensteten bei den städtischen Straßenbahnen betragen für das Jahr 1920 130 Millionen Kronen und der Strompreis muß ebenfalls erhöht werden, weil von dem, was die Elektrizitätswerke erzeugen, ein beträchtlicher Teil für die Zwecke der Strassenbahn verwendet wird. Während 16 Millionen Hektowattstunden für Licht verwendet werden, brauchen wir für Kraft 38 und für die Straßenbahn 22 Millionen. Es ist klar, daß wir dann nicht leicht mit der Abgabe des Stromes im Bezug auf den Preis vorgehen können. Die städtischen Straßenbahnen zahlten bisher 90 h, die Gestehungskosten betragen aber ein vielfaches davon. Wir werden nicht erhöhen, um dieses vielfache, sondern bloß von 90 auf 120 h, weil sonst sich die Tarife der Straßenbahnen noch um ein bedeutendes erhöhen müßten, wollen wir nicht ohne Abgang bilanzieren. Wir haben für das Jahr 1920 mit einem Gesamtabgang von 295 Millionen Kronen zu rechnen und im Verhältnis zum Fahrpreis bedingt dies eine 100 prozentige Erhöhung. Wir haben uns nur schwer entschlossen, die Fahrpreise derart zu erhöhen, aber wir verweisen darauf, daß wir dadurch ganz gewaltige Summen den Kassen der städtischen Straßenbahnen mehr zuführen, und daß uns trotzdem unter der Voraussetzung, daß keine nennenswerten Einschränkungen eintreten, nur ein ganz kleiner Spielraum von 10 Millionen Kronen bleibt. Aber selbst diese kleine Reserve ist sofort verschwunden, wenn wir gezwungen sind, die Zinsen für jene Anleihen, die sich im Auslande befinden, in der ausländischen Valuta zu bezahlen. Als diese Anleihen begeben worden, galten 100 K 95 Franc. Wenn wir heute bloß die Zinsen in ausländischer Valuta bezahlen müssen, dann rechnen Sie sich aus, welche riesige Summen wir zu bezahlen hätten. Sie haben es eben versäumt, für diese Auslandsummen die entsprechende Reserve zu schaffen.

GR. Angermayer (chr-soz.): Da hört sich doch alles auf! Wie hätten wir denn das machen sollen?

VB. Emmerling: Sie wußten, daß diese Anleihen im Auslande sind und als das Verhältnis nicht mehr 95: 100 stand, hätten Sie sich das eben vor Augen halten müssen, so wie man jetzt eben schon damit gerechnet hat.

GR. Angermayer (chr.soz.): Waren Sie je auf diesen Kurs der Krone gefasst?

VB. Emmerling: Der Kurs ist allerdings nicht von gestern, aber im Jahre 1917 stand die Krone nicht mehr so und damals mußten Sie damit rechnen, daß eine ganz besondere Belastung entstehen würde.

Der Referent beschäftigt sich hierauf im einzelnen mit den neuen Tarifen, wobei er besonders die Einführung der Blockfahrscheine zu K 14.- bespricht und auf deren Bestimmung den Schaffnern den Dienst zu erleichtern und den Schwierigkeiten des Geldwechselns zu begegnen verweist. Der Redner schließt dann. Mit diesen Preisen stehen wir durchaus nicht an erster Stelle und ich könnte Ihnen noch zur Kenntnis bringen, daß es große Städte gibt, die noch weit mehr verlangen für Licht und Straßenbahn. Die österreichischen Städte haben Gaspreise, die das Doppelte unseres bisher gegoltenen ausmache und die noch über den Preis von K 2.60 gehen und wenn wir 45 h für elektrische Kraftwelle verlangen, so haben wir in den deutschen Städten Preise, die sich ähnlich stellen, trotzdem die Deutschen ihre eigene Kohle verheizen. Wir mußten bestrebt sein, die städtischen Unternehmungen nach kaufmännischen Grundsätzen zu behandeln und da konnten wir nur wieder nach den Materialpreisen und Löhnen die Tarife erstellen. Es ist unmöglich, Tarife zu haben, die uns die übrige Verwaltung belasten, das heißt, die es den Werken nicht ermöglichen, aus eigener Kraft arbeiten zu können. Es ist unmöglich den Zustand aufrecht zu erhalten, der sich darin äussert, daß wir im Laufe des Monates mehrfach gezwungen sind, alle vorhandenen Barmittel zusammen zu suchen, um über die momentanen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wenn Sie schon Kritik übern, dann bitte uns auch zu sagen, wie es anders zu machen ist, und wie wir in die Lage kommen könnten, auf eine andere Weise derartige Millionenabgänge zu decken, ohne die Tarife der städtischen Unternehmungen zu erhöhen. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

GR. Kunschak (chr.-soz.) Die Bedeutung der Anträge wird wohl am besten charakterisiert, durch das Parteiblatt des Herrn Referenten selber. Dieses nennt die Anträge: einfach entsetzlich! und ich wüsste in der Tat auch kein anderes Wort. Es verhehlt sich auf unserer Seite kein Mensch die Notwendigkeit und die Verpflichtung der Majorität, die Tarife der städtischen Unternehmungen einigermassen in Einklang zu bringen mit den erhöhten Auslagen, um so einen Zustand herbeizuführen, in welchem die Unternehmungen zumindestens im Stande sind, dass aus der Gemeindekassa selbst nicht unerhörte Zuschüsse geleistet werden müssen, da ja die Gemeindekassa selbst über überflüssige Einnahmen nicht verfügt. Wenn wir uns also bewusst sind, dass Sie sich heute in einer Zwangslage befinden, der Sie nicht zu entrinnen vermögen, so gilt dieses Urteil selbstverständlich nicht für die Art und Weise, in welcher Sie die Bedeckung suchen und auch nicht für den Umfang der Erhöhungen, die Sie zum Vorschlage bringen. Erhöhungen der Tarife, sowie der Steuern, wie überhaupt Erhöhungen, die eine Belastung der Bevölkerung bedeuten, dürfen nicht einfach nach dem Rezept eines ABC-Schützen gemacht werden, dem man die Aufgabe stellt, durch Addition und Multiplikation fertig zu bringen, dass sich zwei Posten ausgleichen. Es muss auch doch immer ins Auge gefasst werden, die Wirkung, welche solche Erhöhungen auf das Gesamtleben der Volkswirtschaft auslösen und nach diesen Wirkungen müssen die Erhöhungen gemacht werden. Erhöhungen müssen auch vom kaufmännischen Gesichtspunkte auf ihre Wirkung überprüft werden. Wenn Sie dies getan hätten, wären Sie nicht zu diesen Erhöhungen gekommen, denn Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, dass die Spannkraft unserer Bevölkerung noch so dehnbar ist, dass sie ohneweiteres die ihr zugemutete Erhöhung ertragen wird. Die Bevölkerung wird sich in der Zwangslage befinden, durch Einschränkungen im Konsum einen Teil dieser Erhöhungen hereinzubringen. Schon bei der letzten Erhöhung musste die Strassenbahndirektion darauf aufmerksam machen, dass die Erhöhung einen Frequenzrückgang zur Folge haben werde. Der tatsächliche Effekt der letzten Erhöhung war ein 8%iger Frequenzrückgang, das bedeutet rund einen Ausfall von 40 Millionen Passagieren im Laufe eines Jahres.

Es wird sich bei der jetzigen Tariferhöhung ein bedeutend stärkerer Frequenzrückgang ergeben und es ist sicherlich nicht übertrieben, dass die Bilanz den Ausfall von mindestens 80 Millionen Fahrgästen im Jahre sein wird. Das bedeutet bei dem jetzigen Tarife einen Ausfall von 100 Millionen Kronen oder beim früheren Tarife einen Ausfall von 80 Millionen Kronen. Diese Gefahr besteht umsomehr, wenn wir ins Auge fassen, dass die Strassenbahn nicht wie bisher vollständig konkurrenzlos bleiben wird, sondern, dass unter Umständen die Stadtbahn ihren Betrieb wieder aufnimmt. Sie rechnen in Ihrer Kalkulation mit der Stillegung der Stadtbahn und Sie werden dann Millionen und Millionen von Fahrgästen aus dem Budget der Strassenbahn zu streichen und an den Betrieb der Stadtbahn abzugeben gezwungen sein. (Zwischenruf: Die wird auch nicht billiger sein) Das kann ich heute nicht untersuchen, aber mit der Tatsache, dass die Stadtbahn uns Millionen Fahrgäste wegnehmen wird, müssen Sie rechnen. Bei der rein fiskalischen Tarifpolitik, die Sie jetzt beliebten, wird die Strassenbahn nurmehr ein Privileg für die Besser situierten sein und die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung werden von der Benützung der Strassenbahn ausgeschlossen erscheinen. Schon jetzt sind Hunderttausende von Wienern von der Strassenbahn schlankhin ausgeschlossen. Es erscheint also kaufmännisch durchaus nicht gerechtfertigt, Tarife aufzustellen, welche dazu führen, dass der Betrieb zu einem Privileg der bessersituierten Menschen wird, dass Mehrbelastungen einem Teile der Bevölkerung auferlegt werden und der Effekt doch nicht der ist, der in dieser drückenden Mehranlagen gelegen ist, sondern durch den Frequenzrückgang grosse Teil wieder aufgehoben wird.

Sie müssten auch die Tarife überprüfen von ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Jetzt, wo unsere Volkswirtschaft ein so empfindsamer Apparat geworden ist, wo sie stündlich zwischen Fortbewegung und Zusammenbruch schwebt, müssen wir bei so weit tragenden Eingriffen auf die Wirkungen Bedacht nehmen, welche sie auf unsere Volkswirtschaft ausüben werden. Diese Wirkung kann unter Umständen geradezu katastrophal sein, wird aber sicherlich in hohem Grade sehr empfindlich auf unsere Volkswirtschaft wirken. Sie können sich nicht im Unklaren sein, dass die gewaltige Erhöhung der Tarife der Strassenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke sofort die breiten Massen der Arbeiter wieder Angestellten rebellieren und sie nicht verleiten, sondern nötigen wird, den Versuch zu unternehmen, diese schwere Belastung ihrer Haushalte auf ihre Arbeitgeber zu überwälzen. Diese werden nicht einen Augenblick zögern, die ihnen entstandenen Mehrlasten in der Gestaltung der Preise der von ihnen produzierten Artikel wieder auf die breiten Massen des Volkes zu überwälzen. Während Sie uns einreden, eine Sanierung des Gemeindehaushaltes, der wirtschaftlichen Unternehmungen durch die Tarife herbeizuführen, bringen Sie zunächst den Haushalt der breiten Massen, der arbeitenden Bevölkerung aus der Ordnung, schliesslich den ganzen Haushalt unserer Volkswirtschaft und stehen am Ende dort, wo der erwartete Vorteil Ihnen in der Hand zerfliesst wie Butter in der Sonne. Bevor Sie noch festgestellt haben, ob und was Sie den breiten Massen der städtischen Angestellten überhaupt geben, um über eine Reihe von Teuerungen hinwegzukommen, eskamotieren Sie im vorhinein schon einen bedeutenden Betrag dessen, was Sie Ihnen vielleicht zuzubilligen geneigt sind. Die Auslagen, die für einen bescheidenen Haushalt aus den 3 Tariferhöhungen erwachsen, werden sicherlich rund 2000 K im Jahr betragen. Welcher Haushalt kann eine solche Mehrbelastung aushalten? Ganz sicherlich nicht die Masse der öffentlichen Angestellten, und auch nimmt die Arbeiter werden diese Mehrbelastung nicht stillschweigend hinnehmen. Durch den Versuch, den Haushalt der städtischen Unternehmungen zu sanieren, lösen Sie eine Lawine aus, die Sie um alle Vorteile bringt, die Sie durch die Tariferhöhungen erreicht zu haben glauben (Zustimmung bei den Christl.-Sozialen).

Wir stehen unter dem Zeichen der Sozialisierung. Was wir um uns sehen, ist Entsozialisierung. Der Staat entsozialisiert seine Betriebe, vielleicht geschieht es bei der Gemeinde auch noch. Wenigstens die Fiktion der Sozialisierung können wir festhalten, und wenn wir wenigstens theoretisch den Gedanken aufrechterhalten, so ist gerade von Ihnen das, was Sie heute unternehmen, ein Verbrechen an dem Gedanken der Sozialisierung. Man braucht in diesem Belange nur dem empfindsamsten Barometer für solche Dingebeobachten, das ist Herr Benedikt und seine Neue Freie Presse. Er hat sofort herausgefunden, dass in Ihren Anträgen eine Zerstörung des Werkes Dr. Lueger gelegen ist, dass damit der Gedanke des Kommunal-Sozialismus zu Grabe getragen, zumindest zu Tode gesohunden wird, und er macht sich über das Ende der Kommunalisierungsversuche des Dr. Lueger lustig. Wenn er meint, dass Dr. Lueger sich im Grabe umdrehen würde, wenn er das heute erleben müsste, dann gehe ich Herrn Benedikt recht, ich meine, aber, dass er sich umdrehen würde in Form einer Einladung an Herrn Benedikt selber. (Heiterkeit) Wenn das der Effekt der Verstadtlichung grosser öffentlicher Unternehmungen ist, dass sie schliesslich der Bevölkerung unerhörte Tarife bringen, wie wollen Sie dann Propaganda machen dafür, dass die Gemeinde noch andere Unternehmungen in städtischen Betrieb überführe? Wo zeigt sich, dass Sie sonst so sehr darauf bedacht sind, Freude zu finden an dem paar Unternehmungen, die Sie nicht gerne, wie der Referent gesagt hat, sondern in geordneten Verhältnissen übernommen haben. Wenn das Ergebnis städtischer Sozialpolitik das sein sollte, was man heute hier zu den Anfragen des Herrn Vize-Bgm. Danneberg bestätigen soll, müsste ich eigentlich Herrn Benedikt Recht geben und sagen; eine solche Sozialisierung ist kein Schiesspulver wert. Ungeschickter und brutaler würde auch das Privatkapital nicht vorgehen können. Ich kann auch nicht akzeptieren, wie heute in der Arbeiterzeitung zur Rechtfertigung steht, dass die Löhne die heute die städtischen Werke zahlen, dieselben sind wie bei privaten Werken. Sie haben immer einen ganz anderen Standpunkt vertreten und erklärt, die städtischen Unternehmungen haben sich nicht zu bescheiden mit dem, was im privaten Unternehmungen geleistet wird, sondern sie haben sich in allem und jedem als Muster-Unternehmungen zu beweisen.

Bei weiterer Prüfung der Vorlage erscheinen die unterbreiteten Anträge auch antisozial im weitesten Sinne des Wortes. Sie treffen eine ganze Reihe von Menschen, die ihnen besonders am Herzen liegen sollten, und die nun von der Benützung der Stadenbahn ausgeschlossen werden. Ich nenne die grosse Zahl der Kleinen Rentner, die grosse Menge der Pensionisten aller Kategorien, die vielen Invaliden und Kriegerwitwen, die von all den Massnahmen in einer katastrophalen Weise betroffen werden.

Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Hätten Sie sie nicht zu Tumulten gemacht!

GR. Kunschak: Dieser Zwischenruf ist so absurd und albern, dass es besser ist, darauf überhaupt keine Antwort zu geben. Eine Partei, an deren Spitze ein Dr. Adler steht, der ihnen im Gerichtssaale die Arbeitsbegeisterung vorgehalten hat, eine solche Partei hat zu schweigen.

Die Frage, ob die Erhöhungen in dem geplanten Umfange notwendig sind, muss ich verneinen. Die Mehreinnahmen betragen nach den Berichten der Strassenbahndirektion 833.2 Millionen Kronen, wenn noch die Erhöhungen von der letzten Fahrpreiserhöhung gerechnet werden müssen. Es ergibt sich dann ein Betrag von 480 2 Millionen Kronen. Ein solcher Abgang besteht aber bei der Strassenbahn nicht. Es werden also diese 480 Millionen Kronen für die Strassenbahn nicht benötigt, es sind dies nicht Auslagen, sondern sie suchen sich auf dem Wege der Tariferhöhungen Einnahmen für andere Zwecke zu verschaffen. Ich stelle heute dieselbe Frage, die seinerzeit der jetzige Bürgermeister bei der Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise im Mai 1918 um 2 h gestellt hat, ob diese Massnahme zeitgemäss ist. Die Wiener Bevölkerung ist während der Zeit des Krieges und des Umsturzes von schweren Heimsuchungen betroffen worden und sie hat sich auch getragen. Wenn man aber den Monat Februar in die Geschichte der Stadt Wien als einen schweren Monat bezeichnet, so ist das nicht übertrieben. Wir haben in diesem Monate die Erhöhung der Mehl-, Brot-, Fleisch- und Fettpreise, wir haben in der letzten Sitzung die Milchpreise erhöht, die Mietzinsanlage ist in Kraft getreten und die Erhöhung der Steuer für Bier und Wein tritt in Kraft. Diese Erhöhungen betragen bei einer vierköpfigen Familie wöchentlich K 89.- Schätzt man nun die Erhöhungen der Ausgaben einer solchen Familie nach den Tariferhöhungen mit K 30.-, so ist das nicht zu hoch gegriffen. Es gibt also zusammen 90 K wöchentlich. Im Jahre gibt das für einen Haushalt von 4 Personen die Summe von 4.600 K.

Der Referent hat uns gesagt: wir sollen doch Vorschläge machen, wie es anders zu machen sei. Solange Sie noch in der Opposition waren, haben Sie aber immer erklärt, wir sind doch nicht zu dem Zwecke da, um uns die Köpfe für Sie zu zerbrechen. Damit könnte ich mich über die Aufforderung des Referenten hinwegsetzen. Wir haben aber schon so viele Anträge vorgebracht, bei denen Sie es nicht einmal der Mühe wert gefunden haben, sie auch nur zu überprüfen, dann Sie haben die jetzt alle unsere Anträge bedenkenlos niedergestimmt. Trotzdem will ich Sie auf einiges aufmerksam machen, es gibt eine Menge Leute, die nur eine kurze Strecke fahren. Diese werden es sich bei der Zweikreistarif wohlüberlegen. Wenn Sie also eine Staffelung vornehmen, die für kürzere Strecken den Einkreisentarif belassen würden, könnten Sie dadurch Millionen von Kronen einnehmen und werden nicht gezwungen, den armen Leuten den Tarif so zu verteuern.

Redner tritt dann der Behauptung des Referenten entgegen, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1919 die Gemeindewirtschaft mit einem Abgange von 403 Millionen Kronen übernommen und keinen Einblick in die Abschlüsse in die städtischen Unternehmungen gehabt hätten, und sagt u.a. In der Obmännerkonfere[illegible] die lange Zeit an Stelle des Gemeinderates [illegible] t hat, wurden nur solche Beschlüsse durchgeführt, welche einstimmig angenommen worden sind. Infolge ihrer Mitwirkung und Zustimmung in der Obmännerkonferenz zu den getroffenen Maßnahmen haben sie Ihr Stück Verantwortung so zu tragen wie die Christlichsozialen. Wir haben in der Obmännerkonferenz den Alibibeweis für unser Verhalten und ob es Ihnen genehm ist oder nicht, Sie sind an unseren Fuß geschmiedet während dieser ganzen Zeit und kommen nicht los, ob Sie sich noch so sehr wehren. (Zustimmung bei den Christlichsozialen)

Es hat der Herr Referent uns auch einen Vorwurf gemacht, daß wir für die Auslandsanleihe keine Reserve angelegt haben. Ich weiß nicht, wie sich das technisch gestaltet hätte, aber bis zum Oktober 1918 hat kein Mensch an die Dinge gedacht, die gekommen sind. Damals konnte niemand den Frieden von St. Germain voraussehen und damals konnte niemand wissen, daß es eine Partei geben wird, die darüber jubelt, daß „ Oesterreich am Schindanger krepiert " und jetzt nicht die Kosten für dieses Krepieren bezahlen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen) Wenn wir uns eines Optimismus schuldig gemacht haben, so haben auch Sie sich desselben schuldig gemacht. In der Gemeinderatssitzung vom 20. Juni 1917 hat Ihr Klubobmann Skaret bei der Erhöhung der Tarife gesagt, daß wir vielleicht in zwei bis drei Jahren, wenn auch nicht zu normalen Verhältnissen, aber doch zu halbwegs erträglichen Zuständen zurückgekehrt sein werden. Auch Herr Bürgermeister Neumann hat im Juni 1918 sich dieses Optimismus schuldig gemacht, indem er in seiner Gemeinderatsrede darauf verwiesen hat, daß ein Abbau der großen Teuerung doch erfolgen wird, wenn auch nicht momentan, aber lange kann er nicht ausbleiben. Bei einer solchen Meinung kommt man nicht zu dem Entschluß eine Auslandsanleihe durch eine Reserve zu decken. Die Notwendigkeit, die Auslandsanleihe zu decken, war erst eingetreten, als in den Oktobertagen 1918 - um mit Ihren Worten zu reden - Oesterreich am Schindanger krepiert war. Seit diesen Tage, den Sie umjubelt haben, besteht leider auch die zwingende Notwendigkeit sich mit der Deckung von Auslandsanleihen zu beschäftigen.

Ich habe namens [illegible] christlichsozialen Partei folgende Erklärung abzugeben: Wir verkennen nicht die Notwendigkeit einer Sanierung der städtischen Unternehmungen, die damit eine Teilsanierung der städtischen Finanzen überhaupt bedeuten soll. Wir können aber den Anträgen nicht in diesem Umfange zustimmen. Wir erkennen vielmehr in diesen Anträgen, das sind einer gedankenlosen fiskalischen Gesinnung, eines volkswirtschaftlichen Unverstandes und eine ausgesprochen antisoziale Tat und deswegen stimmen wir dagegen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) erklärt, daß er ohne Erwäg[illegible] parteipolitischer Gründe gegen die Vorlagen betreffend die Tariferhöhungen stimmen müsse. Es sei leider bereits so weit gekommen, daß der Gemeinderat jedes Vierteljahr - zu den Zinsvi[illegible] - zusammen berufen wird, um [illegible] s Wirtschaftsleben der Wiener Bewohner tiefeinschneidende Maßnahmen zu beschließen. Nach den Berichten der Direktoren der Unternehmungen in der Obmännerkonferenz sollen künftig solche Erhöhung[illegible] ohne Befragen des Gemeinderates vorgenommen werden können, die dann kommen sollen, wenn die Kosten der Erzeugung steigen und wenn die Löhne wachsen. Es ist nicht zu le[illegible], daß die höheren Kosten für Kohle im Zusammenhang stehen mit den Produktionskosten, daß aber diese letzteren weit geringer sind als die [illegible]alkosten. Man muß seiner Verwunderung Ausdruck verleihen, daß daher der Frage des Ausbaues der Wasserkr[illegible] bisher sowohl vom Staate wie vom Lande und von der Gemeinde nur theoretisch näher get[illegible] worden ist. Es drängt sich auch wieder die Frage auf, ob wir noch in der Lage sind, die städtischen Unternehmungen in eigener Regie weiterzuführen. D[illegible] müssen wir nun zu der Ueberzeugung [illegible] sage leider - dies nicht mehr imstande sind. Man hat das mit dem Worte Entsozialisierung bezeichnet, mit der der Staat ja bereits [illegible] n hat. Mit dies[illegible] sich auch die Gemeinde - ich sage [illegible] darum leid[illegible] [illegible]ftigen Müssen. Ein Betrieb, der mit solchen schweren Opfern die Bevölkerung belastet und den ganzen Gemeindebetrieb fortwährend in Unruhe versetzt, kann nicht auf die Dauer weiter geführt werden.

Das Staat- oder eine Stadt haben auch in Friedenszeiten mit ihren Unternehmungen immer schlechter gearbeitet, als die Privatkapitalistische Wirtschaft. Die Gründe hiefür sind ja bekannt. Daß jetzt diese Arbeit noch viel schlechter ist, ergibt sich wenn aus nichts anderem, so doch aus der Unterernährung unter der wir ja alle leiden. Ein ausländisches Pächterkonsortium, und ich denke da hauptsächlichst an die Amerikaner, wäre nun in der Lage für die Arbeiter und Angestellten nicht nur die Lebensmittel sondern auch Kleider und Schuhe etc. rascher, billiger und leichter zu beschaffen, als wir es selbst tun können. Wenn nun [illegible] durch die Gemeinde, wenn auch indirekt, aber doch für eine große Zahl von Personen durch mindestens ein Jahr die Lebensmittelpreise auf einer gewissen Höhe erhalten könnte, dann würde die Gehalts- und Lohnbewegung, die jetzt jede Kalkulation unmöglich macht, ein Ende finden und finden müssen.

Da komme ich zu einer anderen Frage, die ja nicht die Gemeinde, sondern der Staat zu lösen hätte, nämlich zur Valutafrage. In dieser Frage wäre es wohl zu überlegen, ob die Gemeinde Wien welche doch ein Drittel der Bevölkerung des ganzen Staates, Dreiviertel der gesamten Steuerkraft repräsentiert, nicht verpflichtet wäre bei der Regierung ganz energisch mit der Frage vorstellig zu werden, was die Regierung eigentlich zur Valutaverbesserung zu tun gedenkt. Wir könnten uns ein Beispiel an den Ländern nehmen, die wie in so vielen anderen auch in dieser Frage ganz unabhängig und selbständig vorgehen.

Man war in der Wiener Gemeindeverwaltung in der letzten Zeit in der Erfindung von neuen Einnahmen und neuen Steuern sehr fruchtbar, es hat sich aber gezeigt, daß man sich mit konkreten Vorschlägen, die gemacht werden und die neue Einnahmequellen verschaffen sollten, nicht beschäftigt hat, sondern daß diese Vorschläge im Stadtrate begraben liegen. Hiezu gehört die Frage der Reklame an den Straßenbahnwagen.

Redner spricht sich dann gegen die Erhöhung der Fahrpreise überhaupt aus, tritt für die Streichung des Absatzes der von der Strafgebühr beim Betreten im Nichtbesitze einer Karte spricht ein und erklärt sich mit der Hinaufsetzung des Fahrkartenpreises an Sonntagen in die Freudenau von 4 auf 10 oder 20 Kronen aus. Er betont, daß gerade Gemeindebetriebe mustergiltig geführt werden müssten, um eine Sturmmauer im Wellenmeere der Preisbewegungen zu sein. Dies könne aber nur durch eine Verpachtung der Betriebe jetzt mehr erreicht werden und je l[illegible] r diese hinausgeschoben wird, umso schwieriger wird die Lag[illegible] der Betriebe werden.

[illegible]leschkes (jüd. nat.): Wir haben schon vor drei M[illegible] [illegible] daß wir bald zu einer Tariferhöhung kommen werden, heute erklärten wir neuerdings, daß wir in ganz kurzer Zeit sei es in zwei oder drei Monaten, wiederum zu einer Tariferhöhung kommen müssen und daß wir mit der heute vorgeschlagenen keineswegs das Auslangen finden werden. Wir müssen die Mehrheit in diesem Saale auffordern, die kleinlichen Mittel zu unterlassen und einen sicheren energischen Weg zu schreiten, um diese Belastungen der gesamten Bevölkerung hintanzuhalten. Es wäre das allerbeste gewesen, wenn man dieses Defizit damals nicht behoben hätte wie wir noch den 80 h Tarif gehabt haben. Ich denke an Ueberweisungen des Staates, dem es noch immer b[illegible]iger kommt, wenn er das Defizit der gemeinnützigen Unternehmungen der Gemeinde deckt, als wenn er durch Erhöhung der Tarife seine Angestellten zu [illegible]euen Lohnerhöhungen apreizt. Unser Defizit wird immer größer werden und wir können nichts anderes tun, als rasch eine andere [illegible]waltung, eventuell dur[illegible] eine ausländische Kapitalistengruppe anzustreben. Wir werden nicht anders zu einem Ziele kommen als durch Verpachtung der städtischen Unternehmungen. Infolge der Valuta haben ausländische Kap[illegible]listen viel bessere Betriebsmöglichkeiten. Wir wagen die jetzi[illegible] Art der Verw[illegible]tung einmal [illegible]es werden und [illegible]ön an den Langmut der Wiener Bevölkerung nicht immer neuen Belastungsproben aussetzen.

Redner tr[illegible]t für die Bevorzugung der Aerzte durch Fahrpreisermäßigung auf der Straßenbahn ein. Zum Schlusse seiner Ausführungen betont Redner, daß man bemüht sein müsse, den Niedergang des Gemeindehaushaltes hintanzuhalten und anerkannt den Beistand der Gemeindeverwaltung, der er keinen anderen Vorwurf als den der politischen Rücksichten macht, aus welchem Grunde die Majorität keinen anderen Weg gehen will, den sie ja doch später unter schwierigeren Bedingungen wird gehen müssen. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen, weil es ihr nicht beifällt, der Gemeindeverwaltung in den Rücken zu fallen und es ernster Politiker nicht würdig wäre, ihr Schwierigkeiten zu bereiten. Sie stimme nicht im Vertrauen zu der Verwaltung für die Vorlage aber in der Hoffnung darauf, daß die Majorität in der Zukunft die Verwaltung besser führen wird.

GR. Klimesch (Tschech[illegible]) spricht sich gegen die Erhöhung der Tarife aus und hält es für angezeigt, durch eine Vermögensabgabe und Heranziehung der Kapitalisten und des Vermögens der „ Toten Hand " für Gemeindezwecke und zur Sanierung der Gemeindeverwaltung angezeigt wäre.

[illegible] (Deutschnational) Durch die Preiserhöhung wird größtenteils der Arbeiterstand, der kleinere Mittelstand, der Gewerbetreibende auf das allerschwerste betroffen. Da die Erhöhung der Tarife auch zur Deckung anderer verwendet werden soll, ist das eine ver[illegible]kte Steuersache. Eine Abhilfe könnte eine langfristige Anleihe im Ausland bringen, aber eine radikale Abhilfe für uns ist nur der Anschluss an Deutschland. Dieser Anschluß wird und muß mit Naturnotwendigkeit kommen, denn wir haben von keiner anderen Seite Hilfe zu erwarten. Wir können vor unserem Gewissen nicht verantworten für die vorgeschlagene Erhöhung der Tarife zu stimmen.

GR. Prohaska (Deut[illegible]national) spricht über den Ausbau der Wasserkräfte, welcher die einzige Abhilfe in der Kohlennot wäre. Er habe schon im vergangenen Jahr hiezu Anträge gestellt, er fürchte aber, daß noch lange nichts geschehen werde. Es würde sich auch empfehlen, statt der ausländischen Kohle, aus dem inländischen Holz Gas zu erzeugen, wie es in Schweden schon lange geschehe.

VB. Emmerling führt in seinem Schlußworte aus: Mein Appell an die Opposition, andere Vorschläge zu machen, hat, wie ich voraus gesetzt, kein besonderes Ergebnis erzielt. Ich anerkenne daß einige Herren rein sachliche Vorschläge gemacht haben, die aber nicht am 15. und am 18. Februar, wo wir schon mit den höheren Eingängen rechnen müssen, zur Durchführung gelangen können. Ich gebe auch ohne weiters zu, daß getrachtet werden muß, neue Kraftquellen zu erschließen, nach dieser Richtung hin haben ja gerade die Elektrizitätswerke sich bemüht, es ist aber nicht möglich, diese Projekte so rasch durchzuführen, daß ihr finanzielles Ergebnis schon jetzt in Erscheinung tritt.

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Bevölkerung bei Neuwahlen wieder Sie zur Herrschaft berufen wird täuschen Sie sich gewaltig. Sie waren nie in der Masse verankert, sondern haben immer nur eine kleine Schicht repräsentiert, bei den Wahlen aber die städtischen Angestellten wie Schlachtiere zur Urne geschleppt. Ich begreife ja dass Sie sich wieder nach der Herrschaft sehnen, ihre Hoffnungen sind aber vergeblich. Als einen kleinen Gradmesser dieser Tatsache können Sie das Resultat der Wahlen bei den Post- und Telegrafenangestellten aus den letzten Tagen ansehen, wo unsere Partei mit ungeheurer Mehrheit gesiegt hat.

Kunschak und andere Redner haben gesagt, dass wieder eine neue Welle der Teuerung einsetzen wird. Das will ich nicht bestreiten, obzwar wir nicht der Meinung sind, dass sie aus diesem Titel wird einsetzen müssen, weil wir heute noch der Meinung sind, dass auch ein Teil des produzierenden Gewinnes abgegeben werden soll. Die Industrie, die reich ist, hat kein Recht, daß sie höhere Kosten für Gas und Elektrizität zugrunde legt einer neuen Teuerung. Sehen wir uns die städtischen Kontrahenten an, die mit Ihnen groß geworden sind. Die haben in der letzten Zeit Preissteigerungen in einzelnen Fällen bis zu 3000 % vorgenommen. Eine ganze Reihe von wahnsinnigen Steigerungen könnte man anführen und ich bin überzeugt, daß diese Steigerungen nicht allein aus den höheren Löhnen und Materialpreisen hervorgegangen sind, sondern daß das Konjunkturgewinne sind. Wir leben in einer Zeit einer wahnsinnigen Teuerung, hervorgerufen dadurch, daß dieser Staat ein lebensunfähiges Gebilde ist. Wir können nur bestehen, wenn wir uns dort anschließen, wo wir eben hingehören. Man könnte Sie daran ja erinnern, was Sie beigetragen haben zum Anschlusse an Deutschland. Wir sagten mit Recht, daß es uns gleichgiltig ist, woher die Waren kommen, wenn sie nur da sind und daß uns nichts daran liege, an den einigen Hundert, wenn Hunderttausende dadurch zu Grunde gehen sollten. Wir brauchen den Anschluß und offene Grenzen nach Osten. Wir sind eben die Opfer jener Zustände, die die bürgerlichen Parteien durch ihren Imperialismus und ihren Kriegswillen verschuldet haben. Wir sind die Opfer jener Parteien, die gejubelt haben, wie der Gewaltfriede von Brest-Litowsk und Bukarest geschlossen worden ist und das ganze Volks wird gestraft für die Politik der bürgerlichen Parteien und der Dynastie des gewesenen Staates. Wir bemühen uns die Konsequenzen zu ziehen, um aus diesem wirtschaftlichen Chaos herauszukommen. Um Vorschlag um die Unternehmungen auf eine gesunde Basis zu stellen, sind die Erhöhungen der Tarife, die wir Ihnen vorgelegt habe und um deren Annahme ich Sie bitte. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.

Zur Abstimmung beantragt G.R. Kunschak (chr. soz.) namentliche Abstimmung. Dieser Antrag wird von der Majorität abgelehnt. Hierauf werden auf den Bänken der Christlichsozialen lebhafte Zwischenrufe laut, wie: Feigheit! Herr Bürgermeister Sie haben selber die namentliche Abstimmung bei einer Tariferhöhung verlangt, damit die Bevölkerung sehe, wer den Mut hat, für eine solche Belastung zu stimmen.

GR. Kunschak: Ich beantrage Konstatierung des Stimmenverhältnisses.

Bgm. Reumann leitet zunächst die Abstimmung über die Tariferhäung der Strassenbahn ein, bei der die Anträge Dr. Schwarz-Hiller abgelehnt werden. Der Referentenantrag wird angenommen.

Stürmische Rufe bei der Majorität: Gegenprobe!

Bgm. Reumann: Ich weiß was ich zu tun habe!

Stürmische andauernde Rufe bei der Majorität.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.): Wir verlangen die Gegenprobe!

Nachdem der Lärm einige Zeit gedauert gibt Bgm. Reumann wiederholt das Glockenzeichen und erklärt: Ich werde jetzt die Gegenprobe vornehmen lassen.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Gnadenweise!

VB. Hoss: Nein, das ist das Recht, das wir verlangen!

Bgm. Reumann läßt nun neuerdings abstimmen und die Gegenprobe vornehmen. Bei derselben stimmen die Christlichsozialen, die Deutschnationalen und GR. Dr. Schwarz-Hiller gegen die Referentenanträge.

Auch die anderen Referate betreffend die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität wurden angenommen.

GR. Speiser (Sodem.) berichtet noch über einige dringende Referate, darunter düber die Gewährung von Vorschüssen auf die gleitenden Zulagen auch an die Pensionisten in demselben Ausmasse wie an die städtischen Angestellten, sowie über die Abänderung der Einreihung von Besienpteten der städt. Humanitätsanstalten. Die Anträge werden ohne Debatte genehmigt und die Sitzung hierauf geschlossen.